

Debatte um die Jagd in Luxemburg

Schützen und Schützer

Seit Wochen wird in Luxemburg über die Jagd diskutiert und gestritten. Ursprünglich ging es um eine Treibjagd im Bambësch, dann folgte die Debatte über die Bekämpfung der Schweinepest. Schließlich legten erst die Grünen, dann die "Lëtzebuurger Natur- a Vulleschutzliga" (LNVL) Positionspapiere vor. Anhand von ein paar Hauptfragen wollen wir die - zum Teil recht widersprüchlichen - Positionen der Akteure zur Jagdproblematik verdeutlichen.

Am 22. Januar 2002 fand im Bambësch die erste Treibjagd seit den 70er Jahren statt. Im Vorfeld hatten Tierschützer gegen dieses Vorhaben mobil gemacht. Der Zweck der Jagd sei nur vorgeschoben: präventiv den Wildschweinbestand senken angesichts der im Bitburger Raum grassierenden Schweinepest. Stattdessen gehe es, so die Tierschützer, darum, auch dieses Waldgebiet für die Zunft der Grünröcke zurückzuerobern.

Nahrung fand diese Interpretation auch in der Zusammensetzung der Jägerschaft. Unter dem Druck der Öffentlichkeit hatten zwar die Freizeitjäger aus der politischen Sphäre die Einladung ausgeschlagen, es blieb aber noch immer eine illustre Gesellschaft von hohen Beamten und Mitgliedern der diversen Gremien von Jagd, Forst- und Landwirtschaft.

Die Fronten schienen klar: Auf der einen Seite die etwas naiven und sentimental Tierschützer, unterstützt von den Grünen. Auf der anderen all jene, die wissen, was zu tun ist gegen die Schweinepest, und überzeugt sind, dass die Jäger es schon richtig machen. Einträchtig stellten sie sich auf, die angetriebenen Sauen zu empfangen, der Jäger neben dem Landwirt neben dem Beamten der Forstverwaltung.

Als wenige Wochen später in Luxemburger Zuchtbetrieben die Schweinepest ausbrach, fand die Eintracht ein jähes Ende. Für den Jäger war der Bauer schuld, und umgekehrt. Auch Forstverwaltung und Naturschützer äußerten sich kritisch zur Praxis der Jagd in Luxemburg. Die Grünen machten Vorschläge für eine weitgehenden Beschränkung der Jagdausübung. Die wiederum fanden keineswegs den uneingeschränkten Beifall der Naturschützer, noch den der radikalsten unter den Tierschützern.

Neben den derzeit vorliegenden Positionspapieren der grünen Partei sowie der "Lëtzebuurger Natur- a Vulleschutzliga" (LNVL) hatten die Protagonisten der Jagd-Debatte in den vergangenen Wochen mehrfach Gelegenheit zum Meinungsstreit: in der Chamber, in der Impuls-Sendung, und bei einer von den Grünen organisierten Conférence-débat mit dem deutschen Experten Dr. Eberhard Schneider.

Woher kommt die Schweinepest?

Wie komplex die Debatte ist, sieht man daran, dass in dieser Frage die beiden Extreme sich berühren: Tierschützer wie Jäger sind sich mehr oder weniger einig darüber, dass die Schweinepest von den Hausschweinen ausgeht und die Wildschweine keine Schuld trifft. Die Grünen haben sich diesen Standpunkt sogar per Gutachten bestätigen lassen. Demgegenüber behaupten sich die Landwirte darauf, das Virus komme aus den Wildschweinbeständen, eine Sicht der Dinge, der sich anlässlich der Chamber-Debatte viele Politiker angeschlossen haben.

Die Frage, ob eine Schweinekrankheit vom Haus- oder vom Wildschwein ausgeht, ist so sinnvoll wie die berühmte Frage nach der Henne und dem Ei. Klar ist, dass sie sich sowohl innerhalb dieser beiden Bestände als auch zwischen ihnen überträgt. Dabei ist im Falle Luxemburgs die erste Infektion von Hausschweinen höchstwahrscheinlich über Wildschweine aus dem Raum Bitburg hierher getragen worden. Unzweifelhaft ist aber, dass die Praxis der Industriellen Landwirtschaft, vor allem die Tiertransporte, dazu beitragen, das Virus innerhalb der Hausschweinbestände blitzartig zu verbreiten. Was in der Folge dann auch hierzulande passierte.

Die Frage, ob eine Schweinekrankheit vom Haus- oder vom Wildschwein ausgeht, ist so sinnvoll wie die berühmte Frage nach der Henne und dem Ei.

Bestände reduzieren, warum und wie?

Der Wildschweinbestand muss auf etwa zwei Einheiten pro hundert Hektar reduziert werden, um die Schweinepest einzudämmen, darüber ist sich die Wissenschaft einig. Damit ist eine für viele Jäger bedrohliche Diskussion begonnen worden: Denn es gibt auch andere Gründe, die hohen Wildbestände in Frage zu stellen. Vertreter der Forstverwaltung, Landwirte und Naturschützer wiesen darauf hin, dass die Wildschäden für Land- wie Forstwirtschaft seit Jahrzehnten beträchtlich sind. Im Positionspapier der LNVL wird das wie folgt erklärt: "Im mitteleuropäischen Wirtschaftswald findet sich für Reh und Rothirsch ein im Vergleich zu den Urwäldern wesentlich höheres Äsungsangebot." Schlussfolgerung: "Spätestens seit der Anwendung des Prinzips der "Naturnahen Waldwirtschaft" durch die Forstverwaltung, die u.a. einen weitgehenden Verzicht auf Kahlschläge und die Förderung einer kostengünstigen und natürlichen Waldverjüngung vorsieht, kommt der Bejagung des Schalenwildes eine Schlüsselrolle zu."

Die Jäger sollen mehr jagen? Damit würden sie leben können. Doch auch die Fütterungspraxis wird in Frage gestellt: "Die als Hegemaßnahme verstandene Fütterung stellt einen schweren Eingriff in die dynamischen Prozesse und die biologischen Gleichgewichte dar. Füttern ist mitverantwortlich für die unnatürlich hohen Wilddichten und dafür, dass die natürliche Selektion weitgehend ausgeschaltet wird." (LNVL) Die Grünen fordern ein absolutes Wildfütterungsverbot. Dem halten die Jäger entgegen, dass sie versuchen, das Wild von den Äckern und Jungbäumen abzulenkten. Eine Einstellung der Fütterung werde zu riesigen Schäden führen. Natürlich müsste einem solchen Verbot eine massive Bestandsreduzierung voraus gehen - eine Perspektive, die viele Jäger lieber nicht in Betracht ziehen. Nicht ganz unrecht haben sie allerdings, wenn sie darauf hinweisen, dass eine Bestandsreduktion sich nicht dekretieren lässt: Angesichts ihrer Anpassungsfähigkeit und des reichen Nährstoffangebots in der modernen Kulturlandschaft wird es nicht einfach sein, den Rehen und Wildschweinen zu Leibe zu rücken.

Treibjagd ohne Alternative?

Eine der effizientesten Jagdformen ist die Treibjagd: hier können binnen kurzer Zeit viele Tiere erlegt werden. Für die Tiere bedeutet eine solche Jagd zwar einen Schock, doch die Störung ist einmalig. Die Experten sind sich einig darüber, dass dies günstiger ist als der Dauerstress, wenn in einem Wald permanent gepirscht oder vom Hochsitz gejagt wird. Als im Kontext der Schweinepest die Treibjagd wieder geöffnet wurde,

klatschten die Bauern Beifall und die Tierschützer waren empört. Die Jägerschaft war untereinander uneins: Die Sauen waren gerade trüchtig, und sie in diesem Zustand durch den Wald zu treiben, erschien vielen unwaidmännisch. Grundsätzlich ist für die Jäger die Treibjagd aber eine wichtige Jagdform, gerade weil die Öffnungszeiten in Luxemburg relativ kurz sind.

Das sehen die Grünen anders, sie fordern: "Verbot der Treibjagd und Hetzjagd mit Hunden. Diese Jagdarten begünstigen ein wahlloses Töten von in freier Wildbahn überlebensfähigen Tieren, die Ausbreitung von Seuchen und sind ein erheblicher Faktor für die Zerstörung des sozialen Gefüges und dem damit verbundenen natürlichen Selbstregulierungsmechanismus aller Tierarten."

Bei Gelegenheit seiner Konferenz stellte Eberhard Schneider zwei Alternativen zur Treibjagd vor: den Saufang für die selektive Reduzierung des Wildschweinbestandes und die Drückjagd, eine Jagdform bei der die Tiere nicht getrieben sondern aufgescheucht werden, und die unter Jagdexperten hoch im Kurs steht, weil sie präzisere Abschüsse ermöglicht.

Soll geimpft werden?

Im Kontext der Wildschweinpest scheint es diese Lösung allen Recht zu machen: Die Schweine bleiben am Leben, die Seuche verschwindet und die Bestandsdiskussion kommt erst gar nicht auf. Skeptisch zeigte sich der Landwirtschaftsminister, was die Konsequenzen für den Schweinehandel betrifft. Skeptisch waren auch die Jäger, ob sich der Aufwand lohne. Bemerkenswert ist allerdings die Haltung der LNVL. Zwar äußert sie sich nicht direkt zur Schweinepest, doch grundsätzlich lehnt sie diese menschliche Intervention

Foto: (c) Marc Weis / LNF



ab, gerade weil sie effizient ist. Zur Tollwut heißt es: "Völlig aus den Fugen geraten sind die Fuchsbestände allerdings erst durch die Tollwutimmunisierung, da durch diese Medikation ein natürliches Regulativ ausgeschaltet wird." Auch medizinische Gründe lässt die LNVL nicht gelten: "Da aufgrund der Impfmöglichkeiten nach einem Biss für den Menschen eine geringe Gefahr besteht, ist auf die Tollwutimmunisierung der Füchse zu verzichten."

Müssen Naturschutzgebiete jagdfrei sein?

Ähnlich wie beim Thema Treibjagd zeigt sich auch hier eine leichte Diskrepanz zwischen der

Forderung der Grünen - "Jagdfreie Schutzgebiete" - und dem Pragmatismus der Naturschützer: "Die Ausübung der Jagd in Naturschutzgebieten muss nicht generell verboten werden. Es können aber gewisse Einschränkungen auferlegt werden." (LNVL) Gerade bei der bescheidenen Größe der Luxemburger Schutzgebiete wird es oft schwierig sein, die Natur sich selbst zu überlassen. Doch wie bei der Treibjagd ist auch hier die Haltung der Grünen nuancierter als der erste Eindruck: Die Jagd soll ausnahmsweise genehmigt werden können, "wenn Eingriffe in Form von jagdlichen Maßnahmen zur Wahrung der Schutzziele geboten erscheinen und keine anderen Mittel zur Verfügung stehen."

Schrotschuss

Die Forderungen der Grünen

Ist die Treibjagd mit Hunden akzeptabel? Dem Interviewten schweben Fernsehbilder von den tierquälerischen Fuchsjagden in England vor. Nein, antwortet er - und gehört zu den 75 Prozent von Befragten, die diese Jagdmethode ablehnen. Um ihre Forderungen zu untermauern hatten die Grünen eine Ilres-Umfrage über die öffentliche Meinung zur Jagd bestellt. Die bestätigt, dass viele Luxemburger der Jagdskeptisch gegenübersehen. Und hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack: Wer Reh und Wildschwein häufiger in Tierfilmen oder Festmenüs als in der Natur sieht, der mag sich eine Traumwelt wünschen, in der es kein Jagen und Töten, keine Wintersterblichkeit und keine Wildschäden gibt. Mit anderen Worten, je weniger Ahnung man von der Natur hat und sich ihr - nicht nur oberflächlich - verbunden fühlt, um so leichter fällt es einem, die Jäger auf den Mond zu wünschen. Das würde erklären, warum in der Umfrage gerade die ältere Generation mehr Verständnis für die Jagd aufbringt.

Doch nicht nur die Stoßrichtung der Ilres-Umfrage, auch die der von den Grünen aufgestellten Forderungen ist zweifelhaft. Besonders störend ist das Argument des Eigentumsrechtes, das bei anderen Gelegenheiten häufig von den Gegnern der Grünen ins Feld geführt wird, um Umweltschutzmaßnahmen zu verhindern. Das Verdienst der Grünen ist sicherlich, ihre Position dargelegt zu haben und Bewegung in die Diskussion gebracht zu haben. Viele Punkte wie das Fütterungsverbot, diätetischer Maßnahmen oder die Ablehnung des Aussetzens von Wildtieren stoßen auf einen breiten Konsens. Dennoch kommt der Eindruck auf, die Partei habe auf volksnahe Art und Weise Stimmungsmache gegen die Jäger betreiben wollen.

Die Grünen vermitteln vor allem, dass sie gegen die Jagd sind statt dass sie für etwas wären. Gewiss, auch die LNVL findet harte Worte gegen die Freizeit- und Trophäenjäger. Andererseits betont sie auch die Gemeinsamkeiten: "Dabei vertreten viele Jäger, Bauern, Forstwirte und Naturschützer oft die gleichen Interessen, ist doch bei fast allen eine enge Verbundenheit mit der Natur zu notieren, wenn auch aus verschiedenen Motivationen heraus." Gerade die Naturverbundenheit aber spricht nicht aus dem Papier der grünen Partei. Schade!

RK

Schützt den Fuchsbandwurm?

"Die verbliebenen Beutegreifer wie Fuchs, Marder, Greifvögel, Iltis, Wiesel usw. spielen eine wichtige Rolle im globalen Ökosystem. Sie müssen nach niederländischem Vorbild unter Schutz gestellt werden." Das fordern die Grünen. Die meisten dieser Tiere sind mittlerweile geschützt. Nur am Fuchs scheiden sich die Geister. Traditionell sahen die Jäger in ihm einen Konkurrenten bei der Jagd auf Niederwild wie den Hasen, und freuen sich, ihm fast das ganze Jahr über nachstellen zu dürfen. Hierzu die LNVL: "Eine derartige Intensiv-Jagd mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzig zur Steigerung des Jagdertrages beim Niederwild wird aus Natur- und Tierschutzsicht abgelehnt." Andererseits sind die Naturschützer nicht für einen vollständigen Schutz: "Aufgrund seiner Häufigkeit und der Verwertbarkeit des Winterbalges ist der Rotfuchs unter den Beutegreifern eine Ressource, die man durch effektive Bejagung nutzen könnte. Die jagdliche Nutzung des Rotfuchses sollte deshalb aber nur auf das Winterhalbjahr beschränkt sein."

Ein von den Jägern vorgebrachtes Argument für eine weitere starke Bejagung der Füchse ist die Gefahr, die vom Fuchsbandwurm - einem zwar seltenen, aber lebensgefährlichen Parasiten - für den Menschen ausgeht. Auch in der Forstverwaltung sorgt man sich aus diesem Grund über die Verbreitung der Füchse und ihre Annäherung an menschliche Siedlungen. Die LNVL lässt das nicht gelten: Die Jäger könnten ihren Anspruch, den Bestand zu regulieren selbst bei den derzeitigen langen Öffnungszeiten nicht einlösen. Und übt sich in Fatalismus: "In den kommenden Jahren werden mit größter Wahrscheinlichkeit noch viele Krankheitserreger und spezifische Zwischenwirte bei den Wildpopulationen gefunden werden. Der Mensch wird nie alle Gefahren, die von der Natur ausgehen, auffinden und schon gar nicht kontrollieren können."

Jagdrecht, Eigentumsrecht, Menschenrecht

Ist die Jagd ein Menschenrecht, das Recht, einen Trieb auszuleben, der tief in der menschlichen Psyche verwurzelt ist. Eberhard Schneider hält dies für einen Mythos. Seine Argumente sind recht überzeugend: Bevor der Mensch auf die Jagd ging, ernährte er sich Jahrtausende lang überwiegend von Pflanzen - das belegen auch Gebiss und Verdauungsapparat des Homo sapiens. Das erste Fleisch, das er zu sich nahm, war wohl eher Aas - der Mensch als Bruder der Hyäne und nicht des jagenden Löwen ...

Der für Menschenrechte zuständige Europäische Gerichtshof in Straßburg hat denn auch 1999 nicht zu Gunsten der Jagd, sondern zu Gunsten des Eigentumsrechtes entschieden. Französische Privatbürger hatten gegen die Enteignung ihres Grundbesitzes zu Jagd Zwecken geklagt. Grundbesitzer dürfen demnach aus ethischen Gründen die Jagd auf ihren Parzellen verbieten. In diesem Sinne fordern die Luxemburger Grünen eine Wahrung des Eigentumsrechtes des Grundbesitzers - und stellen gleich eine Handlungsanleitung für Grundeigentümer auf, die eine "opposition au relaiement de la chasse" anmelden wollen.

Den Jägern bereitet dies Missvergnügen, doch sie haben auch Sachargumente vorzubringen: Die Reviere würden zerschnitten, das Wild könne nicht effizient bejagt werden, und die Haftung für Wildschäden sei in diesem Fall nicht geklärt. Die LNVL verlangt grundsätzlich ein "ökologisch sinnvolles Ausweisen von Jagdlosen" (statt der derzeitigen Ausrichtung an administrativen Grenzen). Das Herausnehmen einzelner Parzellen dürfte ökologisch zweifelhaft sein. Dennoch ist auch der LNVL das Eigentum heilig: Ein Bürger, der aus ethischen Gründen die Jagd ablehne, müsse sein Grundstück aus dem Jagdlos ausklammern können.

Grundsätzlich sollten politische Auseinandersetzungen wie die um eine tierschutzgerechte Ausübung der Jagd auf politischer statt auf juristischer Ebene ausgetragen werden. Was wäre das denn für eine Ethik, die nur für Grundstückbesitzer einklagbar wäre: Radikale Tierschützer, die Grund und Boden besitzen, dürfen ihre Parzellen ausklammern, "ihre" Wildtiere schützen - die anderen müssen sich mit symbolischen Protestaktionen begnügen. Auch erstaunt es, dass die Grünen bei einem legitimen Vorgehen gegen die Jagd in ihrer heutigen Form gerade das Eigentumsrecht zu Hilfe nehmen. Gerade linke Parteien treten doch immer wieder für Einschränkungen dieses Rechtes ein, wo es um allgemeine Interessen geht. In Bereichen wie Siedlungspolitik, Bodenversiegelung und Waldbau stehen die Erfordernisse des Umweltschutzes der Meinung

entgegen, jeder könne auf seinem Eigentum tun und lassen, was er wolle.

Wie viel Tierschutz?

Bei der Diskussion im Anschluss an die Konferenz von Eberhard Schneider warf ein Tierschützer die Frage auf, ob der Mensch wirklich Kreaturen töten dürfe, nur weil sie die Bäume anknabbern und die Naturverjüngung verhindern. Schließlich sei für den Wald der - vom Menschen verursachte - saure Regen viel schädlicher als das Wild. Eberhard Schneider meinte, er könne diese Überlegung sehr gut nachvollziehen. Doch um naturnahe Wälder zu erhalten, brauche man die Naturverjüngung. Und unblutige Maßnahmen zum Schutz der Bäume flächendeckend einzuführen sei einfach nicht bezahlbar.

Die LNVL lässt zusätzlich eine weitere Begründung für die Jagd ausdrücklich gelten: die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressource Wild. So heißt es in ihrem Papier: "Wildlebende Tiere wurden seit Menschengedenken als natürliche Lebensmittel genutzt (...) [es] wird deutlich, dass die Natur unter günstigen Bedingungen einen gewissen Überschuss produziert, den wir Menschen nutzen können. Das Fleisch eines geschossenen Wildtieres kann durchaus als natürlich gewachsenes und gesundes Lebensmittel für den menschlichen Verzehr verwendet werden." Diese Wertung der Jagd als verantwortungsvolle Arbeit statt als Vergnügen wird vielen Freizeitjägern missfallen. Andererseits wird sie vielen Tierschützern zu weit gehen. Kompromisse zwischen den Interessen von Mensch, Tier und Natur zu finden, ist nicht einfach.

Raymond Klein

www.greng.lu/presse/JagdDossier.htm
www.luxnatur.lu/luxnatur/Invpos3.htm



Es erstaunt, dass die Grünen bei einem legitimen Vorgehen gegen die Jagd in ihrer heutigen Form gerade das Eigentumsrecht zu Hilfe nehmen.